

Annette Widmann-Mauz MdB

PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

WAHLKREISABGEORDNETE TÜBINGEN



„Scheitert der Euro, scheitert Europa“



Liebe Leserinnen und Leser,

Die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nach der parlamentarischen Sommerpause war geprägt durch die Beratungen zum Bundeshaushalt 2012 sowie die Debatte um die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms.

Die sogenannte „Haushaltswoche“ des Deutschen Bundestages hat am Dienstag, den 6. September, mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs des Bundes für 2012 durch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble begonnen. Mit der Debatte über den Etat des Bundeskanzleramtes wurde dann an diesem Mittwoch der traditionelle Höhepunkt der Haushaltswoche, die Generalausprache zur Regierungspolitik, eingeläutet. Bundeskanzlerin Angela Merkel gab hierin ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen europäischen Währung ab. Der Euro ist „viel, viel mehr als eine gemeinsame Währung“. Der Euro sichere Frieden in Europa. Nach ihren Worten steht Europa vor „historischen Herausforderungen“. Deutschland könne auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn es Europa nicht gut gehe. Deshalb ist für Merkel klar: „Scheitert der Euro, scheitert Europa. Er darf nicht scheitern, und er wird nicht scheitern.“

Mit Blick auf den Bundeshaushalt und die Finanzplanung für die kommenden Jahre stellte Merkel heraus, dass es von zentraler Bedeutung sei, die Staatsfinanzen zu konsolidieren. „Es ist gut und richtig, dass wir die Schuldengrenze einhalten.“ Die Neuverschuldung soll 2012 im Bund unter 30 Milliarden Euro gehalten werden. Bis die Maastricht-Stabilitätskriterien eingehalten werden könnten, liege noch ein langer Weg vor der Regierung. Die Gesamtverschuldung beträgt derzeit 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zulässig sind nach Maastricht jedoch nur 60 Prozent. Die hohe Verschuldung Deutschlands und anderer europäischer Länder sei nicht allein Ergebnis der Bankenrettung und der Konjunkturpakete, die seit 2008 verabschiedet wurden. „Diese Verschuldung ist das Ergebnis einer falschen Philosophie, von jahrzehntelangem Schuldenpolitik mit der ersten großen Koalition (1966-69) begonnen. Schlechte Zeiten seien mit mehr Schulden bekämpft worden, und in guten Zeiten sei dann der Schuldenberg nicht abgetragen worden. Jetzt gehe es um einen grundsätzlichen Wandel zum Wohle künftiger Generationen, sagte die Bundeskanzlerin. Europa als Ganzes muss daher zu einer „Stabilitäts-Union“ werden, die den inneren Zusammenhalt festigt und sich den Herausforderungen in gemeinsamer Verantwortung stellt.

Der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, mit dem Bundeshaushalt würden die Grundlagen gelegt, damit es dem Land auch in den nächsten Jahren weiter gutgehe. Die Bedeutung des Haushalts und der mittelfristigen Finanzplanung können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. „Wir haben ein Schuldendilemma in Europa, keine Euro-Krise“, sagte Kauder. Dafür trage die ehemalige Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die Verantwortung: „Rot-Grün hat ganz massiv dazu beigetragen, dass wir jetzt in dieser Krise sind“, hob Kauder hervor. So habe Rot-Grün die Stabilitätskriterien für den Euro aufgeweicht. Nun wolle die SPD mit Euro-Bonds die Schulden vergemeinschaften. „Geld ohne Gegenleistung hat noch nie zur Besserung geführt“, sagte der Fraktionsvorsitzende.

Was ist das Ziel der christlich-liberalen Koalition mit dem Haushalt 2012: Durch den Abbau der Neuverschuldung wird die Haushaltskonsolidierung weiter vorangetrieben. Die Nettokreditaufnahme liegt im Jahr 2012 mit 27,2 Milliarden Euro um rund 13 Milliarden Euro unter den Annahmen des bisherigen Finanzplans und um 4,3 Milliarden Euro unter den Eckwerten von März 2011. Dabei sind alle absehbaren Zusatzbelastungen wie die Kosten der Energiewende, ein steigendes Zinsniveau, die deutsche Beteiligung am Europäischen Stabilisierungsmechanismus und die Entscheidungen im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr bereits eingeplant. Ziel der Bundesregierung ist es, ab 2016 einen nach den Regeln der Schuldenbremse ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die Grundlage zur Erreichung dieses Ziels, ist mit dem Bundeshaushalt 2012 gelegt worden.

Ihre

Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus dem Parlament



Bundeshaushalt 2012 steht im Zeichen der Konsolidierung.

Mit dem Entwurf des Bundeshaushaltes 2012 zeigt die christlich-liberale Koalition, dass sie die Haushaltskonsolidierung weiter erfolgreich vorantreibt. Beim Abbau der Neuverschuldung schreiten wir mit großen Schritten voran. Die Nettokreditaufnahme liegt im Jahr 2012 mit 27,2 Mrd. € um rund 13 Mrd. € unter den Annahmen des bisherigen Finanzplans und um 4,3 Mrd. € unter den Eckwerten von März 2011. Dabei sind alle absehbaren Zusatzbelastungen wie die Kosten der Energiewende, ein steigendes Zinsniveau, die deutsche Beteiligung am Europäischen Stabilisierungsmechanismus und die Entscheidungen im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr bereits eingeplant.

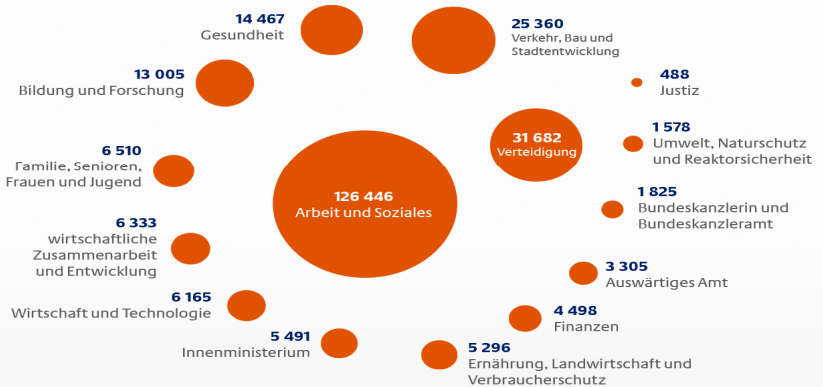
Trotz der neuen Herausforderungen liegt die jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerung in den Jahren 2011 bis 2015 mit 0,7 Prozent immer noch auf sehr niedrigem Niveau. In den Jahren 2012 bis 2014 unterschreitet die Neuverschuldung in der Summe den bislang geltenden Finanzrahmen um 25 Mrd. €.

Dieser Erfolg ist insbesondere auf das im letzten Jahr geschnürte Zukunftspaket mit dem Haushaltsbegleitgesetz zurückzuführen, mit dem der Grundstein für die nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushalts zur Einhaltung der Schuldenregel gelegt worden ist. Auch spiegelt sich im Haushalt 2012 wider, dass die Koalition in der Finanz- und Wirtschaftskrise die richtigen Entscheidungen getroffen hat und Deutschland gestärkt aus der Krise herausgekommen ist.

Unser Ziel ist es, ab 2016 einen nach den Regeln der Schuldenbremse ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Eckwerte für den Bundeshaushalt im Jahr 2012 (Bundesministerien und Bundeskanzleramt)

Alle Angaben in Mio. €



Quelle: Eckwertebeschluss Bundeskabinett

Durch Rundungen kann es zu Differenzen kommen

Den bis dahin noch langen Weg gehen wir mit dem Bundeshaushalt 2012 konsequent fort.

In dieser Woche haben wir den **Bundeshaushalt 2012** und die **mittelfristige Finanzplanung** bis zum Jahr 2015 beraten.

In erster Lesung stand in dieser Woche das **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilitätsmechanismus** zur Beratung an.

Erweiterung des Euro-Rettungsschirms

An diesem Donnerstag hat der Deutsche Bundestag die parlamentarische Beratung der Erweiterung des Euro-Rettungsschirms aufgenommen.

Bundesfinanzminister Schäuble warb bei den Abgeordneten um Zustimmung für das Gesetz, das Ende September verabschiedet werden soll. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Euro-Währungsgebiets hatten am 21. Juli 2011 Maßnahmen

zur „Flexibilisierung“ der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) vereinbart. Ziel der Flexibilisierung ist es, Ansteckungsgefahren noch frühzeitiger und entschlossener entgegenzutreten zu können. Für die Euro-Zone insgesamt können sich aus Entwicklungen wie in Griechenland Gefahren ergeben.

Mit der EFSF war im Mai 2010 ein temporärer Rettungsschirm aufgespannt worden, der im Jahr 2013 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden soll. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass die Schlagkraft der EFSF in bestimmten Punkten gestärkt werden muss.

Um etwa die zugesagten Mittel in Höhe von 440 Mrd. € auch tatsächlich ausleihen zu können, wird der Garantierahmen auf 780 Mrd. € erhöht. Der deutsche Gewährleistungsanteil steigt von 123 auf 211 Mrd. €. Außerdem werden weitere Instrumente geschaffen, um vor allem mögliche Ansteckungseffekte frühzeitig unterbinden zu können:

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus dem Parlament



Neben Kredite treten als Möglichkeit vorsorgliche Kreditlinien oder das Aufkaufen von Anleihen von Eurostaaten am Primärmarkt. Unverändert bleibt: Hilfe gibt es nur bei einer Gefährdung der Finanzstabilität der Eurozone insgesamt und nur im Gegenzug für ein striktes finanz- und wirtschaftspolitisches Reformprogramm. „Die Ursachen der Probleme müssen die Länder selbst lösen“, betonte Schäuble. Die Haushalte der Länder müssten angepasst und Defizite zurückgeführt werden. „Die Lösung der Strukturprobleme können wir den Ländern, die Hilfen erhalten, nicht ersparen“, sagte der Finanzminister. Schäuble knüpfte die Auszahlung weiterer Teilbeträge daran, dass Vereinbarungen eingehalten würden.

Die Lage ist ernst in Griechenland“, denn im Augenblick sei die Troika-Mission unterbrochen. Die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) ist zunächst ergebnislos aus Griechenland abgereist. Mit dem jetzt eingebrachten Änderungsgesetz zum StabMechG werden die Beschlüsse der europäischen Staats- und Regierungschefs zur Erüchtigung und weiteren Flexibilisierung des Rettungsschirms EFSF vom 11. März 2011 und 21. Juli 2011 in nationales Recht umgesetzt und die EFSF in die Lage versetzt werden, ihre Aufgabe besser erfüllen zu können, ohne dass von ihren Grundprinzipien - klare Voraussetzungen für den Einsatz, klare Auflagen und Bedingungen beim Einsatz - abgewichen wird.



Karlsruhe zum „Euro-Rettungsschirm“

Zeitgleich zur Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag erging in dieser Woche ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Parlamentsrechten beim Euro-Rettungsschirm. Die Karlsruher Richter lehnten die Beschwerden der Euro-Skeptiker ab und stellten fest: „Der Deutsche Bundestag hat durch die Verabschiedung dieser Gesetze weder sein Budgetrecht noch die Haushaltsautonomie zukünftiger Bundestage in verfassungsrechtlich unzulässiger Weise beeinträchtigt.“

Bundeskanzlerin Merkel, die in ihrer Haushaltsrede an diesem Mittwoch Bezug auf das Urteil nahm, sah ihre Politik durch das Urteil "absolut bestätigt". Die Richter hätten das Prinzip Eigenverantwortung und Solidarität bei Wahrung von Transparenz und Mitbestimmung des Parlaments betont, sagte sie: "Das ist genau der Weg, den wir gegangen sind." Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

Norbert Barthle, erklärte zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: „Mit seinem heutigen Urteil bestätigt das Bundesverfassungsgericht den bisherigen Kurs der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen zur Stabilisierung des Euro. Es hat streng konditionierte Finanzhilfen für notleidende Euro-Staaten explizit als verfassungsgemäß erachtet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die klare Aussage des Gerichts, dass die Einrichtung einer Europäischen Haftungsgemeinschaft (Euro-Bonds) zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Das Urteil kommt zum richtigen Zeitpunkt und ist ein positives Signal für die bisherige Stabilisierungspolitik Deutschlands und seiner europäischen Partner.“

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus der Bundesregierung



Starker Schulterschluss der Region – Kommunalpolitiker der Landkreise Tübingen und Zollernalb werben in Berlin für zügigen Ausbau der B27 und B28

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Tübingen-Hechingen, Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB, besuchte eine Delegation von Kommunalpolitikern, darunter unter anderem auch der Tübinger Landrat Joachim Walter, der Vorsitzende des Regionalverbands Neckar-Alb Eugen Hoeschele sowie zahlreiche Bürgermeister der Region das Bundesverkehrsministerium (BMVBS) in Berlin zu einem aktuellen Informationsgespräch. Im Zentrum der Diskussion mit dem für den Bundesfernstraßenbau zuständigen Parl. Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer (CSU) stand die für die Landkreise Tübingen und Zollernalb wichtigste Hauptverkehrsachse B27 und der Neubau der B 28 im Neckartal.

Zu Beginn des Gesprächs dankte Widmann-Mauz ihrem Amtskollegen Dr. Scheuer für die gute Zusammenarbeit und die intensiven Arbeiten im Bundesverkehrs-

Bundesverkehrsministerium und der baden-württembergischen Auftragsverwaltung im Regierungspräsidium Tübingen, die im Ergebnis maßgeblich dazu beigetragen hätten, dass der Bundesrechnungshof (BRH) seine Vorbehalte gegen den Langen Schindhaubasistunnel nach jahrelangen Verzögerungen gegenüber dem BMVBS zurückgenommen hat.

Wie Dr. Scheuer mitteilte, erwarte er nun die Stellungnahme des Landes zur weiteren Planung des Tunnels. Auf dieser Grundlage könne dann der erforderliche Sichtvermerk des BMVBS erstellt und damit das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden.

Welche Auswirkungen auf die weitere Planungsintensität des Landes, so Dr. Scheuer, dabei die Vorgaben des Grün-Roten Koalitionsvertrages hätten, der Neuinvestitionen im Straßenbau generell zurückstellt, könne er von Berlin aus derzeit nicht beurteilen.



2. Reihe v.l.: Manfred Hofelich, Dr. Jürgen Soltau, Dr. Edmund Merkel, Matthias Frankenberg, Landrat Joachim Walter, Klaus Tappeser, Eugen Höschele, Ulrich Latus, Thomas Hölsch,

1. Reihe v.l.: Bernhard Knauss, Joseph Reichert, Michael Bulander, Egon Betz, Angela Bernhardt, Parl. Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer MdB (CSU), Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB, Dörte Conradi

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus der Bundesregierung



Starker Schulterschluss der Region – Kommunalpolitiker der Landkreise Tübingen und Zollernalb werben in Berlin für zügigen Ausbau der B27 und B28

Widmann-Mauz MdB: „Ich hoffe doch sehr, dass das Regierungspräsidium Tübingen nach der BRH-Entscheidung weiter mit großem Elan die Planungen für den Schindhabasistunnel vorantreiben wird und dafür die uneingeschränkte Rückendeckung aus Stuttgart erhält. Die Unterstützung der Region jedenfalls ist flächendeckend gegeben und die Erwartung der Menschen riesengroß, dass es zügig weitergeht und bald ein Ende des Verkehrsinfarkts in Sicht kommt.“

Als weitere "offene Baustelle" kam auch der B27-Abschnitt zwischen Nehren und Bodelshausen zur Sprache. Die Zweifel an der Trassenführung in diesem Streckenbereich des durchgängig vierspurigen Ausbau der B27, die jüngst vom Tübinger Oberbürgermeister formuliert wurden, hätten die gesamte Region stark verunsichert, konstatierte Landrat Joachim Walter und betonte:

„Zum vorliegenden Ausbau-Entwurf von Nehren bis Bad Sebastiansweiler sehe ich keine Alternative.“ Eine Gesprächsanfrage Walters beim neuen Landesverkehrsminister zum aktuellen Planungsstand sei bislang ohne Antwort geblieben. Mössingens Oberbürgermeister, Michael Bulander, bekräftigte ebenfalls den starken Schulterschluss der betroffenen Kommunen im Steinlachtal und setzte sich für zeitnahe Verbesserungen bei Mössingen und der Endelbergtrasse bei Ofterdingen ein. Dr. Scheuer kündigte den Vorentwurf der Lärmschutzplanungen des Regierungspräsidiums für den Abschnitt Bodelshausen-Nehren für Ende 2012 an und geht davon aus, dass die Planungen zum Ausbau auch hier konsequent



weitergeführt werden.

Der CDU-Kreisvorsitzende Tübingens, Kreisrat Klaus Tappeser, betonte in diesem Zusammenhang, wie überlebenswichtig der Anschluss des ländlichen Raumes an ein modernes übergeordnetes Straßenverkehrsnetz sei. Städtische und ländliche Räume müssten hier gleichrangig behandelt werden. Scheuer erklärte, er habe großes Verständnis für die Anliegen der Region, denn er habe die B27 im Landkreis Tübingen erst vor kurzem befahren und den „Wahnsinn“ vor Ort selbst erlebt.

Als weiteres neuralgisches Verkehrsprojekt wurde der B28neu-Bauabschnitt zwischen Tübingen und Rottenburg angesprochen. Widmann-Mauz MdB hob hervor, dass Bund und Land eine Realisierung des 2. Streckenabschnitts in Teilabschnitten für grundsätzlich möglich halten. Die laufende Petition beim Deutschen Bundestag, zur Tieferlegung der B28 neu bei Kiebingen würde bei einem solchen Vorgehen somit nicht tangiert. „Jeder Streckenkilometer zählt. Mit kleinen Schritten kann man sein Ziel manchmal sogar schneller erreichen. Das hat sich andernorts in der Vergangenheit durchaus bewährt“, stellt Widmann-Mauz MdB fest. Auch Dr. Scheuer erkannte den Flexibilitätsvorteil einer solchen Lösung an. Bislang könne er jedoch noch kein grünes Licht für die Baufinanzierung des Bundes geben.

Das große persönliche Engagement seiner Kollegin Annette Widmann-Mauz MdB würde jedoch dafür sorgen, dass die Anliegen der Region Neckar-Alb regelmäßig auf dem Tisch des BMVBS landen.



Annette Widmann-Mauz MdB

Daten und Fakten



Steigende Löhne – Aufschwung kommt bei den Arbeitnehmern an.

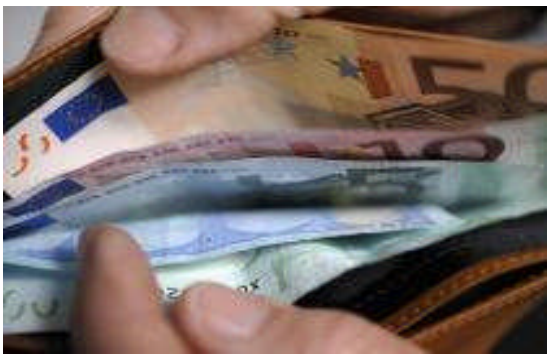
Die wirtschaftliche Erholung schlägt sich inzwischen deutlich in den Tarifabschlüssen nieder. Hatten im vergangenen Jahr noch viele Tarifvertragsparteien aus Unsicherheit über die zukünftige konjunkturelle Entwicklung Einmalzahlungen vereinbart, die bei zukünftigen prozentualen Erhöhungen keine Berücksichtigung finden, lagen im ersten Halbjahr 2011 zahlreiche Tariferhöhungen bei drei Prozent und mehr.

So erhielten die Beschäftigten in der Chemischen Industrie im Frühjahr eine Tarifierhebung um 4,1%. Im Bauhauptgewerbe wurde durch Schlichtung für den Westen eine Tarifierhebung um drei Prozent ab 1. Mai 2011 erzielt. Darüber hinaus wurde eine Stufenerhöhung von 2,3% ab 1. Juni 2012 beschlossen.

Im Osten fielen die Tarifierhebungen mit +3,4% ab 1. Juni 2011 beziehungsweise +2,9% ab 1. August 2012 etwas höher aus. Die neu abgeschlossenen Tarifverträge im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel sehen jeweils Tarifsteigerungen von drei Prozent im ersten Halbjahr 2011 und Stufenerhöhungen für 2012 vor.

Im öffentlichen Dienst der Länder stiegen die Tarifverdienste ab 1. April 2011 um 1,5 % und werden ab 1. Januar 2012 um weitere 1,9% sowie zusätzlich um einen Sockelbetrag von 17 Euro erhöht. Der zurzeit geltende Abschluss für den öffentlichen Dienst bei Bund und Gemeinden ist bereits seit Januar 2010 in Kraft. Er sieht eine Tarifierhebung um 0,6% ab 1. Januar 2011 und um 0,5% ab 1. August 2011 sowie eine Einmalzahlung von 240 Euro vor. Auch die Tarifierhöhungen in der Metall- und Elektroindustrie (2,7% ab 1. April 2011), im Bankgewerbe (1,6% ab 1. Januar 2011) sowie der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (drei Prozent ab 1. Januar 2011) waren bereits 2010 vereinbart worden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



Deutlicher Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit.

Deutschland verzeichnet zum ersten Mal nach einer Wirtschaftskrise auch einen deutlichen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. Insbesondere für die Menschen, die bislang auf dem Arbeitsmarkt geringe Chancen hatten, ist das ein großartiger Erfolg.

Im August lebten 4,571 Mio. erwerbsfähige Leistungsberechtigte gemeinsam mit 1,725 Mio. nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (dies sind vor allem Kinder) in rund 3,4 Mio. Bedarfsgemeinschaften. Im August 2011 waren 9,7 Prozent der in Deutschland lebenden Personen unter 65 Jahren hilfebedürftig.

Die Hilfe-Quote lag um 0,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die hochgerechnete Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist damit im August erneut erkennbar zurückgegangen. Saisonbereinigt errechnet sich eine Abnahme um 36.000, nach jeweils -21.000 im Juli und Juni. Im Vergleich zum Vorjahr ist ihre Zahl im August um 299.000 gesunken, nach -285.000 im Juli und -295.000 im Juni. Im Vergleich zum Vorjahresmonat hat sich die Zahl der leistungsberechtigten Personen insgesamt um sechs Prozent (-389.000) auf 6,295 Mio. reduziert.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Arbeitsmarkt gefestigt

Die Erwerbstätigkeit und die Erwerbslosigkeit in Deutschland entwickelten sich auch im Juli 2011 im Vorjahresvergleich weiter günstig. So lag die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Wohnort in Deutschland mit gut 41 Millionen Personen um über eine halbe Million höher als noch vor einem Jahr. Die Zahl der Erwerbslosen betrug im Juli 2011 2,58 Millionen Personen, das waren rund 300 000 weniger als im Juli 2010.

Nach vorläufigen Ergebnissen der *Erwerbstätigenrechnung* stieg im Juli 2011 die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2010 um 561 000 Personen oder 1,4 %. Im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2010 ging die Erwerbslosigkeit um 300 000 Personen beziehungsweise 10,4 % zurück. Bereinigt um saisonale und irreguläre Einflüsse sank die Zahl der Erwerbslosen von Juni auf Juli 2011 um 20 000 auf 2,56 Millionen, was einem Rückgang von 0,8% entspricht. Die bereinigte Erwerbslosenquote lag im Juli 2011 bei 6,1 % und blieb damit gegenüber dem Vormonat unverändert. Im Vergleich zum Juli 2010 ist sie um 0,9 Prozentpunkte gesunken.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)